

World Summit on the Information Society

Sonja Voigt

Inhaltsübersicht

- I. Einleitung
- II. Ziele des Gipfels
- III. WSIS I - Genf
- IV. Working Group on Internet Governance
- V. WSIS II - Tunis
- VI. Internet Governance Forum
- VII. Schlußfolgerung

I. Einleitung

Ein Leben ohne Internet ist für die meisten Europäer kaum noch vorstellbar. Dreißig bis fünfzig Prozent aller Einwohner der Industriestaaten haben einen Internetzugang.¹ Der weltweite Anteil der Menschen, die „online“ gehen können, liegt dagegen bei nur vierzehn Prozent.

Für den Bereich der Menschenrechte ist die Thematik des Internets aus mehreren Blickwinkeln relevant. Zum einen bildet der Zugang zu Informationen ein Element der Meinungsfreiheit. Außerdem ist der Zugang zu Information und Wissen eine Voraussetzung für die Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen und betrifft somit das Recht auf Entwicklung. Auch geht es um das Recht auf Bildung, da das Internet neue Wege eröffnet, um Wissen anzulegen, Menschen auszubilden und Informationen zu verbreiten.² Dabei ermöglicht das Internet als modernste (Kommunikations-) Technologie theoretisch jedem Menschen Informations- und Bildungschancen und

kann Wege aus Armut und Unterentwicklung weisen. Ferner bietet es Chancen auf Partizipation und Transparenz. Problematisch ist die „digitale Kluft“, die sich zwischen Wissen und Nichtwissen sowie zwischen reichen und armen Menschen bzw. Staaten immer weiter öffnet.³ Diese muß mit Hilfe von ICTs (information and communication technology - Informations- und Kommunikationstechnik) überwunden werden.

Der Weltgipfel zur Informationsgesellschaft (WSIS - World Summit on the Information Society) ist ein von den Vereinten Nationen (UN) ausgerufenen Weltgipfel. Die als Weltgipfel bezeichneten, von der UN und ihren Unterorganisationen veranstalteten Konferenzen dienen dazu, aktuelle globalpolitisch relevante Themen zu diskutieren und Abkommen auszuhandeln. Der WSIS ist die erste Weltkonferenz, die die Themen Information und Kommunikation aufgreift. Auf internationaler Ebene war das Problem der ungleich konzentrierten globalen Kommunikationsstrukturen schon länger präsent. So forderten z.B. Entwicklungsländer und blockfreie Staaten in den siebziger und achtziger Jahren auf Ebene der UN und der UNESCO eine neue Weltinformations- und Kommunikationsordnung⁴, allerdings erfolglos. Die Internationale Fernmeldeunion (International Telecommunication Union, ITU⁵) berief

¹ Armin Lascher, Durchs Netz gefallen, abrufbar unter: www.bpb.de/themen/F3JOAV,0,Durchs_Netz_gefallen.html (14. Februar 2008).

² www.itu.int/wsis/basic/why.html (25. Februar 2008).

³ Siehe Fn. 2.

⁴ Siehe auch: Norman Weiß, Praxis des Menschenrechtsausschusses zum Schutz der Presse- und Meinungsäußerungsfreiheit, in: MRM Themenheft 25 Jahre Internationale Menschenrechtspakte, 2002, S. 65-96 (S. 69).

⁵ Seiten der ITU abrufbar unter www.itu.int/net/home/index.aspx (14. Februar 2008).

1984 eine Kommission ein, die in ihrem Bericht „The Missing Link“ die weltweite ungleiche Verteilung der Zugänge zum Telefon anprangert. Die schnelle Verbreitung und zunehmende Bedeutung des Internets rief einen Diskussionsbedarf auf internationaler Ebene hervor. Auf der Vollversammlung der ITU von 1998 wurde auf Anregung der tunesischen Regierung der Vorschlag unterbreitet, 2003 eine Weltkonferenz zur globalen Informationsgesellschaft durchzuführen. Die UN griffen das Thema auf und verabschiedeten am 21. Dezember 2001 die Resolution 56/183⁶. In dieser faßten sie den Beschluß, einen entsprechenden Weltgipfel als UN-Veranstaltung durchzuführen. Die ITU wurde mit der Durchführung des Gipfels beauftragt. Der erste Teil des zweiteilig organisierten Gipfels fand im Dezember 2003 in Genf statt (WSIS I), der Zweite im November 2005 in Tunis (WSIS II).

Das WSIS sorgte nicht nur für einen Austausch zwischen allen Beteiligten, sondern brachte als wichtigstes Ergebnis das Internet Governance Forum (IGF) hervor. Dieses trifft sich einmal jährlich und setzt den laufenden Prozeß fort. Das dritte Treffen des IGF wird vom 8. bis 11. Dezember 2008 in Neu Delhi stattfinden.

II. Ziele des Gipfels

In der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen⁷ werden die Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses der Informationsgesellschaft, die Förderung des Zugangs zu Information, Wissen und Kommunikationstechnologien für Entwicklung, sowie die Nutzbarmachung des Potentials von Wissen und Technologie als Ziele genannt.

⁶ UN-Dok. A/RES/56/183, abrufbar unter: www.itu.int/wsis/docs/background/resolutions/56_183 unga_2002.pdf (14. Februar 2008).

⁷ UN-Dok. A/RES/55/2, United Nations Millennium Declaration vom 8. September 2000, abrufbar unter www.un.org/millennium/declaration/ares552e.htm (14. Februar 2008).

Der Themenvielfalt des Gipfels entsprach die Komplexität der aufgeworfenen Fragen in politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht. Kontrovers diskutiert wurden Netzsicherheit, der sogenannte digitale Graben (auch digitale Kluft; „digital divide“), geistiges Eigentum, Regulierung des Internets, Menschenrechte, kulturelle Diversität, das Recht auf Meinungsfreiheit, der universelle und gleiche Zugang zu Information, die Rolle der Medien und die Frage der Finanzierung der vorhergesehenen Maßnahmen.

III. World Summit on the Information Society (WSIS) I - Genf

Der erste Weltgipfel wurde vom 10. bis 12. Dezember 2003 in Genf ausgerichtet. Ziel war die Bildung einer gemeinsamen Definition der globalen Informationsgesellschaft, die Artikulation eines gemeinsamen

I. Einleitung

Willens und die Festlegung der Schritte auf dem Weg zu einer Informationsgesellschaft für alle Völkern.⁸

„We, the representatives of the peoples of the world (...), declare our common desire and commitment to build a people-centred, inclusive and development-oriented Information Society, where everyone can create, access, utilize and share information and knowledge, enabling individuals, communities and peoples to achieve their full potential in promoting their sustainable development and improving their quality of life, premised on the purposes and principles of the Charter of the United Nations and respecting fully and upholding the Universal Declaration of Human Rights.⁹

Nicht nur mit den fast 50 Staatsoberhäuptern und Vizepräsidenten, den 82 Ministern, den 26 Vizeministern und unzähligen

⁸ Siehe unter www.itu.int/wsis/basic/about.html (14. Februar 2008).

⁹ Declaration of Principles, Building the Information Society: a Global Challenge in the New Millennium, Document WSIS-03/GENEVA/DOC/4-E vom 12. Dezember 2003, Punkt 1, abrufbar unter www.itu.int/wsis/docs/geneva/official/dop.html (14. Februar 2008).

anderen Regierungsvertretern¹⁰, sondern auch mit insgesamt mehr als 11.000 Teilnehmern aus 175 Ländern, die auch an fast 200 Nebenveranstaltungen teilnahmen, war Gipfel gut besucht.

1. Vorbereitungen

Geplant waren ursprünglich drei Vorbereitungskonferenzen (PrepComs) in Genf. Die erste fand im Juli 2002 statt, es wurden hauptsächlich Verfahrensfragen geklärt. Auf der zweiten im Februar 2003 ging es um grobe Entwürfe für die Abschlusserklärung und den Aktionsplan. Auf der dritten PrepCom im September 2003 wurde keine Einigung hinsichtlich der Abschlusserklärung erzielt. Auch die PrepCom 3A im November 2003 blieb erfolglos, denn die Differenzen hinsichtlich des Aktionsplans stellten sich als zu groß heraus. Erst auf der PrepCom 3B, einen Tag vor Beginn des Gipfels, kam es zu einer Einigung auf gemeinsame Abschlusddokumente und auf einen Aktionsplan.

Ebenfalls in Vorbereitung auf den WSIS I fanden sechs regionale Vorbereitungskonferenzen statt.¹¹ Die afrikanische wurde im Mai 2002 in Bamako (Mali) abgehalten, die europäische im November 2002 in Bukarest (Rumänien), die asiatisch-pazifische im Januar 2003 in Tokio (Japan), die latein-amerikanisch-karibische im Januar 2003 in Bávaro (Dominikanische Republik), die westasiatische im Februar 2003 in Beirut (Libanon) und die der arabischen Liga im Juni 2003 in Kairo (Ägypten).

Das Recht auf Meinungsfreiheit (wie in Art. 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte¹² und in Art. 19 Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte¹³ (IPbpR) niedergelegt) wurde als essentielle Grundlage einer Informa-

tionsgesellschaft ausdrücklich betont. Jeder soll das Recht haben, Informationen aller Richtungen, über jede Grenze hinweg, beziehen zu können. Die Informationsgesellschaft für alle soll nach elf Schlüsselprinzipien aufgebaut und entwickelt werden.

2. Geneva Declaration of Principles – Genfer Prinzipienklärung

Die Abschlusserklärung des WSIS I besteht aus der Prinzipienklärung und einem Aktionsplan (dazu siehe unten unter 3.).

Die Schlüsselprinzipien der Genfer Prinzipienklärung¹⁴ lauten:

a. Die Rolle der Regierungen und anderer Akteure in der Förderung von ICTs

Regierungen, Wirtschaft, die Zivilgesellschaft, die Vereinten Nationen und andere internationale Organisationen müssen miteinander kooperieren und partnerschaftlich zusammenarbeiten, um ihrer Verantwortung beim Aufbau einer auf Menschen konzentrierten Informationsgesellschaft gerecht zu werden.

b. Informations- und Kommunikationsstruktur: eine unverzichtbare Basis für eine umfassende Informationsgesellschaft

Ein Informations- und Kommunikationsnetzwerk soll möglichst an nationale und lokale Bedingungen angepaßt, leicht zugänglich und finanziell erschwinglich sein und innovative Technologien nutzen. So soll, auch mit Unterstützung der Politik, ein allgegenwärtiges Verbindungsnetz aufgebaut werden.

c. Zugang zu Information und Wissen

Barrieren sollen entfernt werden, um gleichen Zugang zu Informationen über ökonomische, politische, gesundheitliche, kulturelle, bildungstechnische und wissenschaftliche Maßnahmen und Tätigkeiten zu schaffen. Ein universaler Zugang mit ge-

¹⁰ Siehe Fn. 8.

¹¹ Siehe unter www.itu.int/wsis/preparatory/index.html (14. Februar 2008).

¹² Vom 10. Dezember 1948, A/810, S. 71.

¹³ Vom 16. Dezember 1966, UNTS Bd. 999, S. 171; BGBl. 1973 II S. 1534.

¹⁴ Siehe Fn. 9.

rechten Möglichkeiten für alle (inklusive auch der technischen Informationen und Programme) wird angestrebt.

d. Aufbau von Leistungsvermögen

Jeder Mensch sollte die Möglichkeit haben, sich die notwendigen Fähigkeiten und das Wissen anzueignen, um aktiv an der Informationsgesellschaft teilzunehmen und von ihr zu profitieren. Lese- und Schreibfähigkeit sind hierfür Grundvoraussetzungen. Menschen, die mit Sprache und Wort zu tun haben, wie z.B. Lehrer und Verleger, sollen aktiv in den Prozeß eingebunden werden. Besonders Benachteiligte, Frauen und Kinder müssen speziell berücksichtigt werden.

e. Aufbau von Vertrauen und Sicherheit im Umgang mit ICTs

Die globale Sicherheit des Internets ist eine Voraussetzung für die Entwicklung der Informationsgesellschaft. Diese Sicherheit und das Vertrauen darauf können nur durch Kooperation aller Akteure und internationaler Experten gefördert und durchgesetzt werden. Der Schutz von privaten Daten muß ebenso bedacht werden wie die Förderung von Handel. Die Nutzung von Informationen und Technologien für kriminelle und terroristische Zwecke muß verhindert, ebenso wie die internationale Stabilität und Sicherheit unterstützt werden. Dabei müssen die Menschenrechte respektiert werden. Ferner wird Spam (unerwünschte, elektronische Nachrichten wie z.B. Werbung) als signifikantes, internationales Problem erkannt.

f. Befähigende Umgebung

Eine befähigende Umgebung („enabling environment“) sowohl auf nationalem als auch auf internationalem Niveau ist essentiell für eine Informationsgesellschaft. ICTs sollten als ein wichtiges Instrument für „Good governance“ verwendet werden. Die Rechtsstaatlichkeit, begleitet von transparenten und voraussehbaren Rahmenbedingungen, ist ebenfalls wesentlich.

Regierungen sollten gegebenenfalls einschreiten, um z.B. einen fairen Wettbewerb zu gewährleisten und den Ausbau der Infrastruktur voranzutreiben.

Die Entwicklung der Informationsgesellschaft ist auch wichtig für das Wachstum von Unternehmen und die Steigerung der Produktivität. Eine gerechte Verteilung der Ressourcen trägt dazu bei, Armut auszurotten. Die wichtigen Bereiche geistiges Eigentumsrecht und die Verteilung von Wissen müssen miteinander in Einklang gebracht werden. Staaten sollen es unterlassen, unilaterale Maßnahmen zu ergreifen, die nicht in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und der Charta der Vereinten Nationen stehen und ihre Bevölkerung negativ beeinträchtigen. Das Internet ist eine globale Einrichtung; die Verwaltung sollte deshalb multilateral, transparent und demokratisch sein, unter voller Einbindung des privaten Sektors, der Zivilgesellschaft und der internationalen Organisationen. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen wird gebeten, eine Arbeitsgruppe zur Internet Governance (Working Group on Internet Governance – WGIG) einzusetzen, die bis 2005 Vorschläge zur Steuerung des Internets macht. Näheres zur WGIG siehe unten unter IV.

g. ICT-Einsatzmöglichkeiten in allen Bereichen des Lebens

ICTs haben eine potentiell sehr hohe Bedeutung in Regierungs- und Verwaltungsgeschäften, in der Gesundheitsvorsorge, Bildung, Arbeit, Wirtschaft, Transport, Landwirtschaft, etc. ICTs sollten auch zur Nachhaltigkeit bezüglich natürlicher Ressourcen und Produktionsaspekten beitragen. Bei der Anwendung sind die Benutzerfreundlichkeit und die internationale Heterogenität der Benutzer zu beachten.

h. Kulturelle Vielfalt und Identität, sprachliche Vielfalt

Eine Förderung, Bekräftigung und Bewahrung der verschiedenen kulturellen Identitäten, Zivilisationen und Sprachen wird die Informationsgesellschaft bereichern. Die-

sen Aspekten wird eine hohe Priorität zugemessen, da so die lokalen und regionalen Ebenen ebenfalls angesprochen werden und eine Chance auf Partizipation haben. Die Rechte von Autoren und Künstlern müssen anerkannt werden. Das kulturelle Erbe, die individuelle und gemeinschaftliche Identität soll von der Informationsgesellschaft genutzt und bewahrt werden.

i. Medien

Die Teilnehmer bekennen sich zu den zu den Prinzipien einer freien Presse, der Informationsfreiheit, Unabhängigkeit, Pluralismus und Vielfalt der Medien. Sie fordern eine verantwortungsvolle Nutzung und Umgang mit Informationen in Übereinstimmung mit den höchsten professionellen und ethischen Standards.

j. Ethische Dimensionen der Informationsgesellschaft

Die Informationsgesellschaft sollte den Frieden respektieren und die fundamentalen Werte Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Toleranz, geteilte Verantwortung und den Respekt für die Natur hochhalten. Die Menschenrechte und Freiheitsrechte, die Gedanken- und Religionsfreiheit sollten geachtet werden, und die Familie den höchstmöglichen Schutz erfahren. Alle Akteure sollen angemessene und präventive Maßnahmen gegen den Mißbrauch von ICTs ergreifen.

k. Internationale und regionale Kooperationen

Die ICTs sollen genutzt werden, um die internationalen Ziele, wie z.B. die Millenniumsentwicklungsziele, zu erreichen. Alle Akteure werden eingeladen, zur Digital Solidarity Agenda beizutragen, wie in dem Aktionsplan dargelegt.

Den Entwicklungsländern soll finanziell, materiell, und auch mit Wissen geholfen werden. Insbesondere die ITU ist dazu aufgerufen, mit ihren Kernkompetenzen zur Überbrückung der digitalen Kluft beizutragen und mit Hilfe von internationalen

und regionalen Kooperationen und ihrem technischen Wissen zum Aufbau der Informationsgesellschaft beizutragen.

3. Geneva Plan of Action – Genfer Aktionsplan

In dem Genfer Aktionsplan¹⁵ sind die gemeinsame Vision und die leitenden Prinzipien der Deklaration in konkrete Rahmenlinien umgesetzt worden, um sich der Vollendung der internationalen Entwicklungsziele zu nähern, einschließlich der Millenniumsdeklaration, des Monterrey Consensus¹⁶ (Abschlußerklärung der internationalen UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung) und der Johannesburg Deklaration¹⁷ (die Nationen verpflichteten sich zu einer nachhaltigen Entwicklung), und um die digitale Kluft zu schließen.

Die Bedeutung der Rolle aller Akteure wird betont, ebenso die Wichtigkeit von Partnerschaften. Den Regierungen wird eine führende Rolle zugedacht. Der private Sektor und die Zivilgesellschaft sollen die Regierungen beraten und am Aufbau der Informationsgesellschaft sowohl in technischer Hinsicht (Infrastruktur) als auch in sozialer Hinsicht mitwirken. Nationale Ziele können sich an den abgesprochenen internationalen Zielen orientieren. Aufgeführt als Ziele für eine Anbindung an ICTs werden Dörfer, Universitäten und Schulen, Forschungszentren, öffentliche Bibliotheken und Museen, Archive und Postämter, Gesundheitszentren und Krankenhäuser und alle Dienststellen der Regierungen. Ferner sollen die Lehrpläne aufgearbeitet werden, und es soll sichergestellt werden, daß für mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung Zugangsmöglichkeiten zu ICTs

¹⁵ Plan of action, Dokument WSIS-03/GENEVA/DOC/5-E vom 12. Dezember 2003, abrufbar unter: www.itu.int/ws/ docs/geneva/official/poa.html (14. Februar 2008).

¹⁶ Abrufbar unter: <http://daccessdds.un.org/doc/UNDOC/GEN/N02/392/67/PDF/N0239267.pdf?OpenElement> (18. Februar 2008).

¹⁷ Siehe unter www.un.org/jsummit/html/documents/summit_docs/0409_l6rev2_pol_decl.pdf (14. Februar 2008).

bestehen, und die gesamte Weltbevölkerung Zugang zu Fernsehen und Radio hat.

Im weiteren sind die Wirkungslinien des Genfer Aktionsplans detaillierter bei der Beschreibung der Ziele und Methoden, inhaltlich aber deckungsgleich mit den Prinzipien der Genfer Deklaration. Die gewünschte Entwicklung der technischen Seite der Kommunikationsstruktur wird weiter ausgeführt, z.B. wird auf die Standardisierung der globalen Systeme und Bereitstellung von Satelliten eingegangen, wobei nicht angesprochen wurde, welche Organisation oder welcher Staat für Letzteres in Frage kommt. Besonderer Wert wird auf die Unterstützung von Initiativen gelegt, die einen finanziell erschwinglichen Zugang zu ICTs erleichtern sollen (die also darauf achten sollen, daß die Verbindungs- und weitere Kosten nicht die monetären Möglichkeiten der Bevölkerung überschreiten), sowie auf die Zugänglichkeit und Öffnung von wissenschaftlichen Informationen und Archiven auch für Privatpersonen.

Die Anforderungen an die Arbeitsgruppe für Internet Governance werden konkretisiert. Es soll ein offener und einbeziehender Prozeß sein, der die volle Partizipation der Regierungen, des privaten Sektors und der Zivilgesellschaft sowie der relevanten internationalen Organisationen und Foren sichert. Anlässlich der kulturellen und sprachlichen Diversität wird auf die relevanten Dokumente der Vereinten Nationen hingewiesen, wie z.B. die Allgemeine Erklärung zur kulturellen Vielfalt¹⁸. Die Bedeutung der Medien für die Meinungsfreiheit und Pluralität von Informationen wird betont. Die Entwicklung von nationalen Gesetzen, welche die Freiheit der Medien garantieren, wird angeregt.

4. *Digital Solidarity Agenda*

Das Ziel dieser Agenda ist es, die Bedingungen zu schaffen, um humane, finanzielle und technische Ressourcen zu mobilisieren. Entwickelte Länder sollten konkrete Anstrengungen unternehmen, um ihren internationalen Verpflichtungen in bezug auf die Finanzierung von Entwicklung nachzukommen, inklusive des Monterrey Consensus.

5. *Ergebnisse WSIS I*

Als Ergebnis läßt sich festhalten, daß viele Länder von der Weigerung der reichen Länder, in den digitalen Solidaritätsfonds („digital solidarity fond“) einzuzahlen, enttäuscht waren.

Zwei sehr strittige Themen wurden ausgeklammert. Zum einen das leidige Thema der Finanzen: wer zahlt wieviel wofür? Diese Fragen wurden nun in der vom Generalsekretär eingerichteten Arbeitsgruppe „Task Force on Financing Mechanisms¹⁹“ (TFFM) diskutiert. Bei dem Thema der Internet Governance gab es sehr verschiedene Ansichten. Da keine Einigung in Sicht war, wurde von UN-Generalsekretär *Kofi Annan* eine Arbeitsgruppe eingerichtet: die Arbeitsgruppe zur Internet Governance (Working Group on Internet Governance, WGIG²⁰). Im Sommer 2005 legten diese beiden Arbeitsgruppen ihre Berichte vor.

IV. Working Group on Internet Governance (WGIG)

Regelungen und Mechanismen des Internets sind die Themen einer teilweise hitzigen internationalen Debatte zwischen vielen unterschiedlichen Interessenvertretern des Internets, da es um die Frage der Kontrollmöglichkeiten des Internets und der Domainnamen, also um Macht geht. Während die USA Vertreter des Status quo sind, fordern viele Länder, unter anderem die EU, aber auch viele Entwicklungslän-

¹⁸ Deklaration der UNESCO vom 2. November 2001, siehe unter <http://unesdoc.unesco.org/images/0012/001271/127160m.pdf> (14. Februar 2008).

¹⁹ Siehe unter www.itu.int/wsis/tffm/index.html (14. Februar 2008).

²⁰ Siehe unter www.wgig.org/ (14. Februar 2008).

der, weitergehende Mitsprache- und Mitbestimmungsmöglichkeiten als sie bis jetzt in dem Governmental Advisory Committee bei der Internet Corporation for Assigned Names and Numbers (ICANN) bestehen. Die ICANN ist eine privatrechtliche Non-Profit-Organisation US-amerikanischen Rechts mit Sitz in Kalifornien, die über die Grundlagen der Verwaltung der Top-Level-Domains entscheidet. Die von Kofi Annan eingerichtete Arbeitsgruppe zur Internet Governance (WGIG) sollte eine Definition des Begriffes „Internet Governance“ erarbeiten, ferner die Angelegenheiten und Sachfragen des öffentlichen Interesses, die hinsichtlich der Internet Governance von Relevanz sind, identifizieren und erläutern, außerdem die Aufgaben und Verantwortlichkeiten der verschiedenen Beteiligten entwickeln und einen Bericht erstellen, in dem Empfehlungen für die politischen Entscheidungsträger des WSIS II in Tunis ausgesprochen werden.²¹ Das WGIG kam zu dem Schluß, daß die Entwicklung und Anwendung gemeinsamer Prinzipien, Normen, Regeln, Entscheidungsverfahren und Programme für das Internet durch Regierungen, die Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft im Rahmen ihrer jeweiligen Rollen als „Internet Governance“ zu bezeichnen ist.²² Für die zukünftige Verwaltung des Internets schlägt der Bericht vom Juni 2005 vier verschiedene Optionen vor. Bei keiner dieser Optionen würde eine einzelne Regierung die Vorherrschaft über das Internet bekommen, die Regierungen konnten sich aber trotzdem nicht auf eine Möglichkeit einigen. Das wichtige und explosive Problem der Machtfrage über das Internet wurde auf dem WSIS II an das Internet Governance Forum weitergereicht.

²¹ Presseerklärung zur Einrichtung der WGIG, abrufbar unter www.un.org/News/Press/docs/2004/pi1620.doc.htm (14. Februar 2008).

²² Siehe unter www.bundestag.de/bic/analysen/2005/2005_12_06.pdf (14. Februar 2008), Original auf Englisch: im WGIG Final Report, S. 4, abrufbar unter: www.wgig.org (Fn. 20).

V. World Summit on the Information Society (WSIS) II - Tunis

Vom 16.-18. 11. 2005 fand in Tunis der zweite Gipfel des WSIS statt.

Der Schwerpunkt in Tunis lag auf der Finanzierung der notwendigen Maßnahmen zur Überbrückung des digitalen Grabens, auf der Internet Governance und auf der Nachbereitung und Ausführung der Entscheidungen von Genf und Tunis („move from principles to action“²³). In dem sog. Tunis Commitment wird der Glaube an eine volle und zeitige Ausführung der Ziele betont, ebenso wie der Wunsch und die Verpflichtung eine Informationsgesellschaft zu erbauen, die auf den Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen gründet, sowie dem Völkerrecht, dem Multilateralismus und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR) entspricht. Die Universalität, Unteilbarkeit, Interdependenz und Wechselbeziehung aller Menschenrechte und der fundamentalen Freiheitsrechte, wie in der Wiener Erklärung²⁴ bekräftigt, werden beteuert. Es werden nochmals Werte der Demokratie, der nachhaltigen Entwicklung und der Respekt für die Menschenrechte hervorgehoben.

1. Task Force on Financing Mechanisms (TFFM)

Die TFFM sollte nach ihrem Mandat die Angemessenheit der existierenden finanziellen Mechanismen in Hinsicht auf Entwicklung und ICTs bewerten. Die Analyse der TFFM bezog sich sowohl auf private als auch auf öffentliche Einrichtungen. Die zahlreichen Herausforderungen werden aufgezählt, die Bedeutung von Good governance auf allen Ebenen und von ange-

²³ Dokument WSIS-05/TUNIS/DOC/6(Rev. 1)-E vom 18. November 2005: Tunis Agenda for the information society, Absatz 1, abrufbar unter: www.itu.int/wsis/docs2/tunis/off/6rev1.html (14. Februar 2008).

²⁴ Wiener Erklärung, Weltmensenrechtskonferenz, 14. bis 25. Juni 1993, UN-Dok. A/CONF.157/24, abrufbar unter: www1.umn.edu/humanrts/instree/l1viedec.html (14. Februar 2008).

messenen rechtlichen Rahmenbedingungen betont. Die bisherigen Anstrengungen und finanziellen Kapazitäten haben den Bedarf nicht decken können. Es werden Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation und Innovationen aufgezählt. Der digitale Solidaritätsfonds wird ausdrücklich als eine innovative finanzielle Einrichtung begrüßt.

2. *Internet Governance*

Die Genfer Prinzipien wurden bekräftigt. Das internationale Management des Internets sollte multilateral, transparent und demokratisch sein, mit der vollen Einbindung der Regierungen, des privaten Sektors, der Zivilgesellschaft und der internationalen Organisationen. Die Working Group on Internet Governance (WGIG) wird lobend erwähnt und auf ihren Bericht eingegangen. Das Management des Internets beinhaltet technische Belange und solche der öffentlichen Ordnung. Die Aspekte des Internets, welche von öffentlichem Interesse sind ("Public Policy Issues"), wurden identifiziert, und die Rollen der verschiedenen Partner und Interessenvertreter bezüglich der Internet Governance definiert. In diesem Rahmen wird die Autorität der jeweiligen Polizei für Belange der öffentlichen Ordnung betont. Die Notwendigkeit, eine globale Kultur der Cybersicherheit weiter zu fördern (wie in der Resolution 57/239 der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 31. Januar 2003 skizziert), wird hervorgehoben. Der Ausbau der Sicherheit erfordert nationales Handeln sowie internationale Kooperationen und soll ausdrücklich nicht zum Nachteil des Schutzes von privaten Informationen und Daten geschehen. Dementsprechend sollen Maßnahmen bezüglich der Stabilität und Sicherheit des Internets auch die Meinungsfreiheit und Vorkehrungen der Privatsphäre schützen. Ferner wird betont, daß Länder sich nicht in die Entscheidungen anderer Länder bezüglich der Country-Code-Top-Level-Domains (z.B. „.de“) einmischen sollen. Das Mandat des Internet Governance Forums (IGF) wird in Paragraph 72 der Tunis Agenda festgehalten, siehe unten unter VI.

3. *Durchführung*

Der Aufbau der gewünschten Informationsgesellschaft wird eine unermüdliche Kooperation aller Betroffenen erfordern. Der Generalsekretär der UN wird gebeten, zusammen mit dem Chief Executive Board for coordination (CEB, koordiniert die Zusammenarbeit der verschiedenen UN-Organisationen) eine UN-Gruppe zur Informationsgesellschaft zu gründen. Diese Gruppe soll die Durchführung der WSIS Resultate erleichtern. Dem Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC) soll die Zuständigkeit zukommen, die weltweite Nachsorge (Follow-up) der Erklärungen von Genf und Tunis zu beaufsichtigen. Die Entwicklung der ICT-Indikatoren, anhand derer die Entwicklung des digitalen Grabens verfolgt werden kann, wird seit Juni 2004 von der „Partnership on Measuring ICT for Development“ verfolgt.

4. *Ergebnis Tunis*

Am WSIS II in Tunis nahmen 46 Staats- oder Regierungschefs und 197 Minister und Vizeminister teil. Insgesamt waren 19.401 Teilnehmer aus 174 Staaten für den politischen Teil des Gipfels registriert²⁵ und es fanden rund 200 Parallelveranstaltungen statt. Es ist somit gelungen, WSIS als wichtiges politisches Ereignis und als Plattform der Begegnung und des Austauschs zwischen Regierungen, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft zu etablieren.

Bezüglich des inhaltlichen Resultats des WSIS II sind die Meinungen gespalten. Nach Ansicht einiger Regierungen, wie z.B. der schweizerischen und der deutschen, konnte das Ergebnis des WSIS I nach langen und harten Verhandlungen bestätigt und in den noch offenen Fragen weiterentwickelt und konkretisiert werden. Die Vertreter der Zivilgesellschaft hingegen waren sehr enttäuscht angesichts des Ver-

²⁵ Siehe unter www.itu.int/ws/is/tunis/newsroom/index.html und www.bakom.ch/org/international/01936/01989/index.html?lang=de (14. Februar 2008).

haltens der tunesischen Regierung ihnen und anderen Kritikern und Menschenrechtsaktivisten gegenüber (siehe unten unter 5.). Außerdem sei der Digitale Solidaritätsfonds bei weitem nicht ausreichend finanziert.

Der WSIS II stellt einen bedeutenden Schritt zur Sicherung der Offenheit des Internets und der Internationalisierung der Internet Governance dar. Es ist gelungen, das Thema Internet Governance unwiderprüflich in der Agenda der Internationalen Organisationen zu verankern. Alle sind sich einig, daß der internationale Druck weiterhin aufrechterhalten werden muß, um die in Genf und Tunis definierten Ziele zu erreichen. Mit dem "Stocktaking"²⁶-Bericht und der dazugehörigen Datenbank und dem "WSIS Golden Book"²⁷ wurden auf dem Gipfel zwei weitere Dokumente präsentiert, die den verschiedenen Betroffenen die Möglichkeit geben, sich zu vernetzen und zu zeigen, welche Projekte und Initiativen zur Umsetzung der WSIS-Resultate im Gange, bereits abgeschlossen oder geplant sind. Bei dem schwierigsten Komplex, dem Thema Aufsicht über die Netzverwaltung, haben sich die Regierungen in letzter Minute auf einen Kompromiß geeinigt. Sie haben zwei Prozesse durch UN-Generalsekretär *Kofi Annan* in Gang gesetzt: Erstens soll die Zusammenarbeit zwischen und mit den Internetverwaltern verbessert werden, was die einander gegenüberstehenden Parteien – USA einerseits, Entwicklungsländer und auch EU andererseits – schon jetzt sehr unterschiedlich interpretieren. Zweitens soll 2006 das Internet Governance Forum in Griechenland stattfinden, zu dieser inzwischen beendeten Veranstaltung siehe unten unter VI. *Renata Bloem*, Sprecherin der bei der UN akkreditierten NGO (Conference of NGO in Consultative Relationship with the Uni-

ted Nations, Congo), nannte den Prozeß in dieser Sicht historisch.²⁸

5. Bilanz Menschenrechte

Das Gastgeberland Tunesien hat es während des WSIS II klar verpaßt, ein Zeichen für die Verbesserung der Menschenrechte zu setzen.

Die Situation von tunesischen Bürgerrechtsorganisationen hat sich durch den Gipfel nicht wie erhofft verbessert, sondern noch verschlechtert. Es gibt praktisch keine Versammlungs- und Meinungsfreiheit mehr. Repressionen richteten und richten sich noch gegen Journalisten und Regimekritiker,²⁹ gegen Anwälte die sich für die Grundrechte einsetzen, und gegen Richter die auf ihrer Unabhängigkeit bestehen. In Tunis wurden während des Gipfels zahlreiche Veranstaltungen tunesischer und internationaler Menschenrechtsorganisationen verhindert. Der Bürgergipfel, der außerhalb der offiziellen Konferenz hätte stattfinden sollen, mußte abgesagt werden. *Shirin Ebadi*, für die Zivilgesellschaft angerechnete Menschenrechtsaktivistin und Friedensnobelpreisträgerin, bewertete im kleinen Pressesaal die Gipfelergebnisse mit deutlich kritischen Tönen. "Never again", hatten vorher Vertreter der sogenannten Cris Campaign³⁰ gefordert, sollte ein Gipfel in einem Land stattfinden, das grundlegende Rechte nicht beachte.

Tunesien wurde nicht nur von den Vertretern der Zivilgesellschaft kritisiert, sondern auch von anderen Regierungen. Mahnungen des EU-Parlamentspräsidenten prallten leider am tunesischen Regime ab. Die Rede vom schweizerischen Bundespräsidenten *Samuel Schmid*, in der dieser den Umgang

²⁶ Siehe unter www.itu.int/wsis/stocktaking/ (14. Februar 2008).

²⁷ Siehe unter www.itu.int/wsis/goldenbook/search.asp (14. Februar 2008).

²⁸ „WSIS: Nach dem Weltgipfel ist vor dem Internet-Forum“, abrufbar unter: www.heise.de/newsticker/meldung/66407 (14. Februar 2008).

²⁹ Siehe auch: Jahresbericht Tunesien 2007, amnesty international, abrufbar unter: www2.amnesty.de/ (14. Februar 2008).

³⁰ Siehe unter www.crisinfo.org/ (14. Februar 2008).

Tunesiens mit den Menschenrechten deutlich kritisierte, wurde im tunesischen Fernsehen zensiert. Vertreter der Zivilgesellschaft rechnen daher auch nicht damit, daß sich das explizite Bekenntnis zur Meinungs- und Informationsfreiheit in den Gipfeldokumenten von Genf und Tunis in der Praxis merkbar positiv auswirken wird. Wo der Bereich der schönen Worte verlassen wird und es um die aktive Umsetzung und Kontrolle geht, habe der Gipfel versagt. Die Abschlusserklärung der zivilgesellschaftlichen Gruppen macht demnach auch den Vorschlag, eine unabhängige Kommission einzurichten, die nationale und internationale Informations- und Kommunikationstechnikregelungen und deren Umsetzungspraxis auf ihre Vereinbarkeit mit internationalen Menschenrechtsstandards überprüfen soll.

Dennoch kann man der Veranstaltung auch aus menschenrechtlicher Sicht positive Aspekte abgewinnen, denn sie hat dem Thema der Menschenrechte in Zusammenhang mit dem Internet eine hohe internationale Sichtbarkeit verliehen. Außerdem begrüßten die NGO die Einrichtung des Internet Governance Forums und kündigten eine engagierte Mitarbeit an.

VI. Internet Governance Forum

Die Einberufung des Internet Governance Forums (IGF) wurde am 18. Juli 2006 durch den Generalsekretär der UN bekannt gegeben. Nach z.T. heftigem Streit auf dem WSIS über eine mögliche Internationalisierung der Internet-Verwaltung haben sich die Regierungen auf die Einrichtung des Forums geeinigt.

Das IGF soll bis 2010 bestehen. Jährliche Treffen wurden vereinbart. Das erste Forum fand 2006 in Athen, Griechenland statt. 2007 war Rio de Janeiro in Brasilien der Gastgeber. Das dritte Forum soll 2008 in Neu Delhi, Indien stattfinden, und das vierte wird sich in Ägypten im Jahre 2009 ereignen. Der Tagungsort für das fünfte Treffen 2010 steht noch nicht fest.

Die Aufgabe des IGF ist es, relevante Fragen zu diskutieren. Da das Gremium aber

keine Entscheidungsbefugnisse hat, sind die Entscheidungen den jeweiligen Institutionen überlassen, die dazu ein Mandat haben, wie z. B. ICANN.

Das Mandat des IGF ist in Nummer 72 der Tunis-Agenda festgehalten. Es beauftragt das IGF, Belange des öffentlichen Interesses zu diskutieren, um Sicherheit, Stabilität, Entwicklung und Zukunftsfähigkeit des Internets zu unterstützen. Ferner soll das IGF die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Institutionen fördern und auch die Themen beachten, die in den Bereich keiner Organisation fallen und sonst vernachlässigt werden würden. Das Engagement der Betroffenen, besonders jener aus Entwicklungsländern, soll gestärkt und gesteigert werden. Aufkommende, sich entwickelnde Belange soll das IGF identifizieren und sie den relevanten Institutionen und der Öffentlichkeit nahebringen. Eine weitere Aufgabe ist das Vorantreiben und Bewerten der Ausgestaltung der WSIS-Prinzipien im Internet Governance Prozeß. Das IGF soll Hilfestellung geben bei der Suche nach Lösungen bezüglich von Problemen die aus dem Ge- und Mißbrauch des Internets entstehen. Die Fortschritte und Protokolle sollen veröffentlicht werden.

Ein internationales Beratungsgremium (Advisory Group), bestehend aus Vertretern der verschiedenen Interessengruppen, überwacht die notwendigen Vorbereitungen. Das Sekretariat befindet sich in Genf.

Das IGF ist zwar von den UN ins Leben gerufen worden, es ist jedoch in vielerlei Hinsicht anders als andere UN-Unterorganisationen. Das IGF ist mit Absicht offen für alle Betroffenen; Interessenvertreter von Staaten, internationale Organisationen, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft sind ausdrücklich eingeladen, sich zu beteiligen. Bemerkenswert ist, daß in Athen alle Teilnehmer, gleichgültig ob Regierungsmitglied oder der Zivilgesellschaft entstammend, die gleichen Rederechte hatten. Dies ist ein Novum bei derartigen Veranstaltungen und wird vielleicht auch andere Organisationen beeinflussen. Der Mangel an Entscheidungsbe-

fugnissen hat dem IGF den Ruf einer „Schwatzbude“³¹ („talking shop“) eingebracht, in der tagelang nur geredet wurde ohne zu konkreten Ergebnissen zu kommen. Kritiker übersehen dabei, daß die Befreiung von dem Zwang zu Ergebnissen, zu Kompromissen und zu gemeinsamen Abschlußdokumenten zu kommen, dazu geführt hat, daß alle Teilnehmer offen und lebhaft wie selten miteinander diskutiert haben. In diesen Diskussionen standen sich Beteiligte aus verschiedenen Lagern direkt gegenüber. Auch unbequeme Themen wurden angesprochen, und die Adressaten mußten dies aushalten und sich öffentlich zu dem Belang äußern. Eine neue Streitkultur scheint am Entstehen zu sein.

Das ursprüngliche Mandat deckte nur das Treffen in Athen; der Generalsekretär sah dies als ein Experiment; ausgehend von dem Ergebnis sollte über das weitere Fortfahren entschieden werden.

1. IGF in Athen, Griechenland

Das erste IGF, das vom 30. Oktober bis 2. November 2006 stattfand, verlief nach Aussagen der Teilnehmer sehr erfolgreich. *Nitin Desai*, Vorsitzender des IGF, sprach sogar von einem „außerordentlichen Erfolg.“³² Insgesamt waren 1.350 Teilnehmer waren registriert. Das Programm des IGF war in Vorbereitungstreffen verabschiedet worden. Die Schwerpunktthemen waren:

- Openness (Offenheit): freie Informations- und Wissensverbreitung, Zugang zu Informationen und Wissen
- Security (Sicherheit): Schutz vor Viren, Spam und Phishing unter Beachtung von Datenschutz und Privatsphäre

- Diversity (Verschiedenheit): Vielsprachenfähigkeit des Internets, internationale Domainnamen, lokale Inhalte
- Access (Zugang): Kosten für Internetverbindungen, Interoperabilität und offene Standards

Die Schwerpunkte sollten durch das Querschnittsthema „Capacity building“ verbunden werden.

Nitin Desai sprach außerdem auch die Teilnahme aus der Ferne an – vielen sei es schließlich nicht möglich, zum Ort des Geschehens zu kommen, und mit den neuen Technologien sollte es durchführbar sein, den Teilnehmerkreis gewaltig auszudehnen.

In Athen formierten sich spontan und ohne Beschluß sogenannte „dynamische Koalitionen“³³ (Dynamic coalitions). In diesen Koalitionen wurden Fragen wie z.B. die Zugangsrechte zum Netz, Datenschutz im Cyberspace und Meinungsfreiheit im Internet diskutiert. Sie sind für alle Betroffenen offen, die Teilnahme ist jederzeit freiwillig; die dynamischen Koalitionen stellen eine neue Form des Zusammenwirkens aller drei großen Gruppen der Interessenvertreter (Regierungen, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft) dar. Die Entwicklung kommt von unten und wird nicht, wie sonst, von oben gesteuert.

Sämtliche in Paragraph 72 der Tunis-Agenda erwähnten Themen können in den kommenden Jahren in diesem Forum angesprochen werden; es sei aber wichtig, nicht die gleichen Gebiete zu behandeln, die bei WSIS ihr Zuhause haben, wie z.B. E-education. Die Wichtigkeit von Transparenz und die Offenheit im Entscheidungsfindungsprozeß des IGF wurden betont, so daß sich Menschen voll einbringen können und wissen und sehen wofür.

Ein Thema, das erfreulicherweise wirklich diskutiert wurde und viel Aufmerksamkeit

³¹ Synthesis Paper, Second Meeting, § 66, abrufbar unter: www.governo.it/GovernoInforma/DOssier/forum-interner-rio/documento_sintesi_ingl.pdf (18. Februar 2008)

³² *Wolfgang Kleinwächter*, Eine Erfindung für die Globalpolitik, abrufbar unter: www.heise.de/tp/r4/artikel/23/23953/1.html (14. Februar 2008).

³³ Übersicht über alle Koalitionen: www.intgovforum.org/Dynamic%20Coalitions.php (14. Februar 2008).

bekam, war die Situation der Menschenrechte in bezug auf das Internet.

2. IGF in Rio de Janeiro, Brasilien vom 12.11.2007 bis 15.11.2007

Auch auf dem zweiten IGF vom 12. November bis 15. Dezember 2007 kamen die vier schon in Athen behandelten Themen zur Sprache. Als fünftes Thema standen die kritischen Internetressourcen („Critical internet resources“) auf der Agenda. In insgesamt 84 Veranstaltungen wurde über die Zukunft des Internets diskutiert.

- Kritische Internetressourcen: Der primäre Fokus der Diskussionen lag bei der Verwaltung des Internets, also bei Themen wie Root-Servern, IP-Adressen und Domainnamen. Die Ansichten gehen hier weit auseinander. Aufgeatmet haben die Vorsitzenden der Internet Corporation for Assigned Names and Numbers (ICANN).³⁴ Vorerst wird die private „Domain Name System“ (DNS)-Verwaltung nicht durch eine internationale Organisation ersetzt; auch wurden ICANN keine zusätzlichen Verpflichtungen auferlegt.

- Zugang: Es wurde deutlich gesagt, daß der bloße Zugang zum Internet für viele Menschen erst einmal das Wichtigste sei, bevor man sich den anderen Themen widmen könnte. Fokussiert wird darauf, die nächste Milliarde Menschen online zu bringen.

- Vielfalt: Die verschiedenen Aspekte der Vielfalt wurden analysiert und diskutiert. Für die Kulturen und Sprachen sei es sehr wichtig, daß das Internet in diese Richtungen expandiert und für alle Benutzer jeweils ökonomisch, kulturell und sozial relevante Inhalte vertreten sind.

- Offenheit: Der absolute Schwerpunkt der Auseinandersetzungen lag auf der Meinungs- und Informationsfreiheit. Ebenso wurden Urheberrechte besprochen. Ferner

wurde festgestellt, daß sich die Gesetzgebung an den Cyberspace und die Bedürfnisse der Bevölkerung anpassen und diese Bereiche effektiv regeln muß.

- Sicherheit: Die Sicherheit ist eine multi-dimensionale Angelegenheit; die Ansichten sind von Land zu Land verschieden, und es war den Teilnehmern nicht möglich, sich auf eine allgemeine Definition und Inhalte des Begriffes zu einigen. Ferner wurde festgehalten, daß die Durchsetzung und Vollstreckung bereits existierender Gesetze bei der Bekämpfung der Kriminalität Probleme bereite.

Ein wichtiges Thema war die Balance zwischen informeller Herangehensweise und strikterem Verfahren. Einige Teilnehmer waren der Meinung, daß festere Strukturen dem IGF guttäten und einer Entwicklung hin zu einer reinen Gesprächsrunde vorbeugen würden, andere warnten ausdrücklich vor einer Erstarrung, wie sie z.B. bei traditionellen Regierungsverhandlungen vorkommen. Auch was die Rolle, die Besetzung und die Entwicklung des Advisory Boards angeht, wurden verschiedene Vorschläge eingebracht; es blieb aber vorerst bei einer Sammlung der Ideen. Zum Thema der mangelnden Entscheidungsbefugnis sagte *Sha Zukang*, UN-Vizegeneralsekretär, daß das IGF Botschaften an diejenigen aussenden könnte, die auf nationaler oder internationaler Ebene Entscheidungen treffen. Die besondere Stellung der dynamischen Koalitionen wurde nicht geändert, sondern im Gegensatz positiv betont.³⁵

Ein besonderer Schwerpunkt in den Sitzungen parallel zu den Hauptversammlungen war der Kampf gegen Kinderpornographie und der Schutz von Kindern im Internet.

Das Interesse am IGF bleibt jedenfalls groß. Regierungen und Vertreter der Zivilgesellschaft waren mit je 30% die am stärksten vertretenen Gruppen; der Großteil (35%) der Teilnehmer kam aus Lateinamerika

³⁴ Internet Governance Forum: viele Worte, kleine Schritte, ein paar Server, abrufbar unter: www.heise.de/newsticker/meldung/99100/from/rss09 (14. Februar 2008).

³⁵ Synthesis Paper, Second Meeting, (Fn. 31), §§ 77ff.

und der Karibik.³⁶ Die Zahl der Teilnehmer hat insgesamt zugenommen.³⁷

Es gab eine breite Übereinstimmung darüber, daß das IGF in Rio ein Erfolg war. Als Indikatoren wurden u.a. die Fülle der Debatten, die Anzahl der Arbeitskreise und die Vielfalt der Meinungen genannt, sowie ferner die Beibehaltung des „Multi-stakeholder“-Formats, in dem Interessenvertreter verschiedenster Richtungen gleiche Rederechte haben. Der Netzordnungsexperte und Berater des IGF-Vorsitzenden *Nitin Desai*, *Wolfgang Kleinwächter*, bezeichnete das zweite IGF als einen erheblichen Schritt vorwärts, da Sachfragen direkt diskutiert und auch heikle Themen wie die Aufsicht über die Verwaltung der kritischen Internetressourcen nicht ausgeklammert wurden.³⁸ In der Bilanz wurde auch darauf hingewiesen, daß in Zukunft die Nutzer noch besser eingebunden und junge Leute besser repräsentiert werden sollen. Das IGF ist weiterhin das Forum der Wahl, um ein gemeinsames Verständnis dafür zu entwickeln, wie sich die Möglichkeiten des Internets maximieren lassen, wie sichergestellt werden kann, daß diese Vorteile von allen Nationen und Menschen genutzt werden können, und wie mit den Risiken und Herausforderungen umgegangen werden soll.

Auf dem IGF kommen Vertreter verschiedener Interessen nicht aneinander vorbei, die sich sonst gerne meiden; genau diese Zusammenarbeit scheint aber einer der großen Erfolge der bisherigen Foren zu sein. Alle Teilnehmer, sowohl die Vertreter der Regierungen als auch die Vertreter der Zivilgesellschaft und der NGOs, scheinen sich darin einig zu sein, zusammenarbeiten

zu müssen, um das IGF auch weiterhin als einen Ort für offenen Dialog zu nutzen.

VII. Schlußfolgerung

Nicht wenige Regierungen fühlen sich von den Möglichkeiten eines für das Volk barrierefreien Internets bedroht. Uninformierte Bürger sind leichter zu kontrollieren als gutinformierte und vernetzte Menschen. Niemand zweifelt daran, daß das Internet auch in Zukunft die Weltgemeinschaft vor neue Herausforderungen stellen wird. Ohne Spannungen und Diskussionen wird nichts geschehen, dazu sind die Ansätze zu verschieden, jede Betroffenen Gruppe hat z.B. eine andere Auffassung davon, was es bedeutet, das Internet „demokratisch“ zu verwalten. Die Verwaltung des Internets und der Domainnamen wird weiterhin für Spannungen sorgen. Irgendwann werden sich die Staaten aber auf eine Verwaltungsart einigen, und bis dahin ist diese Aufgabe bei der Internet Corporation for Assigned Names and Numbers (ICANN) nicht in den schlechtesten Händen.

Das WSIS war und ist wichtig, da es alle Beteiligten an einem Tisch zusammengebracht hat. Auch wenn sich die Staaten z.T. darauf geeinigt haben, sich nicht einig zu sein, liegen nun immerhin die problematischen Themengebiete zur Diskussion offen auf dem Tisch. Ein „Zurück“ wird es nicht mehr geben, dazu ist die Welt inzwischen zu abhängig vom www, und die Zivilgesellschaft ist zu aktiv beteiligt, um gänzlich ignoriert zu werden. In diesem Sinne stellt insbesondere das IGF einen großen Fortschritt dar, denn hier wird besonders von Seiten der NGO auf die Achtung der Menschenrechte gepocht. Die weiteren Sitzungsergebnisse des IGF werden mit Spannung erwartet.

³⁶ Siehe unter www.intgovforum.org/rio_stats.htm (14. Februar 2008).

³⁷ <http://intgovforum.org/stats.php> (18. Februar 2008); www.intgovforum.org/Rio_Meeting/Chairman%20Summary.FINAL.16.11.2007.pdf (18. Februar 2008).

³⁸ www.gipfelthemen.de/globalegemeinschaft/gipfel_reformen/cengelmann_igf07.shtml (18. Februar 2008).